

Georg Lauss, Stefan Schmid-Heher

Politische Partizipation im Unterricht

Handlungsmöglichkeiten vermitteln und Demokratiebewusstsein stärken

Vermittlung politischer Kompetenzen

Eine Demokratie, an der BürgerInnen nicht teilnehmen bzw. partizipieren, ist keine Demokratie. Politische Bildung bedeutet, für die Demokratie Partei zu ergreifen. Das kann heißen, SchülerInnen in die Lage zu versetzen, bei demokratischen Wahlen ein begründetes politisches Urteil abzugeben. Es bedeutet aber auch Kompetenzen zu vermitteln, die dazu befähigen, an darüber hinaus reichenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen teilzunehmen.¹ Ein Ziel Politischer Bildung ist damit die Vermittlung von politischen Kompetenzen, um (zumindest potenziell) die politische Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.² Um Demokratiebewusstsein zu stärken, braucht es Wissen über die vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten im demokratischen System Österreichs. Der Artikel zeigt daher Möglichkeiten für politische Teilhabe auf und entwickelt Kriterien, um Formen politischer Partizipation unterscheiden zu können. Darüber hinaus wird auf die Frage eingegangen, wie im schulischen Kontext Motivation und Kompetenzerwerb für politische Beteiligung angeregt werden können. Dabei ist es wichtig, realistische Erwartungen zu wecken, da zu hohe Erwartungen zu Frustration führen und Politikverdrossenheit noch steigern könnten. Bei der Vermittlung von handlungsorientierter demokratischer Bildung sind SchülerInnen darauf vorzubereiten, dass in einer komplexen Gesellschaft vielfältige und teilweise widersprüchliche Interessen und Standpunkte anzutreffen sind. Wer Partizipation und direkte Demokratie in erster Linie für eine Chance hält, die eigenen Interessen ohne lästige Repräsentation und Vermittlung durchzusetzen, wird meist enttäuscht werden. Demokratische Teilhabe lebt von der Anerkennung gegensätzlicher Standpunkte und der Bereitschaft, in Interaktion mit anderen als Individuum und als Gesellschaft zu lernen.

Anerkennung gegensätz- licher Stand- punkte

Formen demokratischer Partizipation

Partizipation kann in einer Demokratie auf vielen Wegen stattfinden. Nachdem nicht jede und jeder über jedes Thema jederzeit mitentscheiden kann und möchte, ist Demokratie in größeren Gemeinwesen auf Repräsentation angewiesen. Wer uns in politischen Angelegenheiten vertreten soll, bestimmen wir zumeist über Wahlen. Neben Nationalratswahlen und der Direktwahl des Staatsoberhauptes auf Bundesebene wählen wir auch auf der Ebene der Länder (Landtagswahlen) und der Gemeinden (Gemeinderatswahlen). Außerdem wählen wir unsere Abgeordneten zum Europäischen Parlament. Gewählt wird aber auch in Bereichen, die mit dem Staat und seinen Institutionen nicht direkt etwas zu tun haben. ArbeitnehmerInnen haben z. B. die Möglichkeit über die Zusammensetzung des Betriebsrates mitzubestimmen oder die Vollversammlungen der Arbeiterkammern zu wählen. An Schulen wählen SchülerInnen KlassensprecherInnen. Darüber hinaus gibt es auch SchulsprecherInnenwahlen bzw. SchülerInnenparlamente und eine SchülerInnenvertretung auf Landes- und Bundesebene. Aber auch in Vereinen wird darüber abgestimmt, wer den Verein im Vorstand vertreten soll. Die Begegnung mit Demokratie und Wahlen bleibt also nicht auf den Staat beschränkt, sondern findet auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen statt.

Wahlen in verschie- denen Bereichen und Ebenen

Mitbestimmung ist aber nicht nur indirekt über Wahlen möglich. Einige Formen, in denen BürgerInnen direkt an der Gesetzgebung beteiligt werden können, sind Volksabstimmungen, → Volksbegehren und → Volksbefragungen.

**Instrumente
direkter
Demokratie**

Manche Formen politischer Mitbestimmung existieren schon lange und gelten gemeinhin als legitime Formen politischer Auseinandersetzungen. Wie die oben angeführten Beispiele sind diese Arten politischer Beteiligung oftmals institutionalisiert und in der Verfassung bzw. in Gesetzen verankert. Andere existieren auch ohne rechtliche Grundlagen. Immer wieder entstehen auch neue Wünsche nach Beteiligung und Formen des politischen Protests, die teilweise neu und gewöhnungsbedürftig erscheinen.³ So werden zum Beispiel Versammlungen wie bei der Protestbewegung „Occupy Wall Street“ an öffentlichen Plätzen abgehalten, die für diesen Zweck besetzt werden und nicht in nationalen Parlamenten. Wer zu welchem Thema sprechen darf und welche Form von Expertise anerkannt ist, muss sich oft erst im Verlauf der Debatte herausstellen. Außerdem werden teilweise neue Themen als politische Probleme vorgestellt, die in institutionalisierten politischen Räumen keinen Widerhall fanden. Beispiele dafür sind nicht zuletzt Probleme des Umwelt- und Naturschutzes, die in den 1970er- und 1980er-Jahren vermehrt diskutiert wurden. In Österreich waren die Besetzung der Hainburger Au und der Widerstand gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf zentrale Ereignisse. Erst durch außerparlamentarische Opposition und zivilgesellschaftlichen Protest konnten Nachhaltigkeitsthemen auf der Agenda „etablierter“ politischer Institutionen auftauchen. Ob neue Zugänge politischer Teilhabe legitim sind, kann man deshalb nicht immer sofort bewerten.

**Neue Themen
und Instru-
mente der
Beteiligung**

Wann können partizipative Formen der Politik als legitim gelten?

Hier gilt es, einerseits die demokratische Qualität des Prozesses zu beachten und andererseits ist aber auch wichtig, ob die Mehrheit der direkt oder indirekt Betroffenen mit dem Ergebnis des Prozesses einverstanden ist. Ein demokratischer Prozess sollte dazu in der Lage sein, eine größtmögliche Anzahl an Perspektiven und Interessen zu versammeln, diese aufeinander aufmerksam zu machen und sie miteinander ins Gespräch zu bringen. Begreifen wir Demokratie als normatives Ideal, so ist mehr Mitbestimmung durch mehr Personen immer besser als weniger. Man kann Demokratie aber nicht nur als Wert an sich beurteilen, sondern auch daran messen, inwiefern die partizipativen Verfahren dabei behilflich sind, zustimmungsfähige Entscheidungen über die Art und Weise unseres Zusammenlebens zu kreieren. Legitim könnte dann auch bedeuten, dass am Ende des Prozesses die meisten Menschen in einem Land mit der getroffenen Entscheidung zufrieden sind – auch wenn sie vielleicht überhaupt nicht persönlich in die Entscheidungsfindung einbezogen waren. Die Qualität von politischer Partizipation kann also sowohl an der Repräsentativität des Entscheidungsgremiums gemessen werden als auch an der Zustimmungsfähigkeit der schlussendlich getroffenen Entscheidungen.⁴ Darüber hinaus lässt sich politische Partizipation auch nach Effizienzkriterien beurteilen. In diesem Fall stellt sich die Frage, ob die durch Einbeziehung Vieler getroffene Entscheidung deutlich besser bewertet wird, sodass die dadurch höheren Entscheidungskosten gerechtfertigt erscheinen.⁵ Entscheidungskosten entstehen z. B., weil es Zeit braucht, um an politischen Diskussionen teilzunehmen, sich notwendige Informationen zu beschaffen und sich diese anzueignen. Zusätzlich braucht es finanzielle Mittel, etwa um an Versammlungsorte zu gelangen. In Fällen, in denen der erwartete Effekt der Beteiligung eher gering ist und die persönlichen und institutionellen Kosten der Beteiligung hoch sind, ist auch die Bereitschaft zu Partizipation tendenziell gering und das Risiko der Frustration dementsprechend

**Input- und
Output-
Legitimation**

**Repräsen-
tativität und
Effizienz**

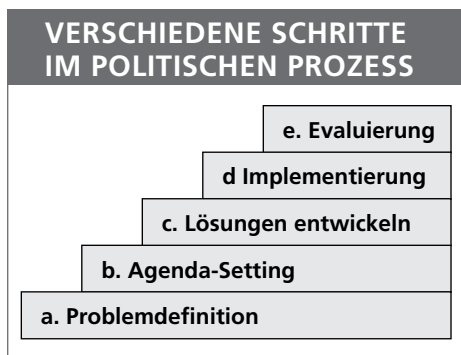
**Partizipation
braucht
Ressourcen**

groß. Umgekehrt bieten sich lokale Konflikte, deren Auswirkungen unmittelbar sind, über die genügend Information vor Ort zugänglich sind und in denen viele relevante AkteurInnen leicht erreichbar sind, eher für bürgerschaftliche Beteiligung an.

Es gibt also konventionelle und unkonventionelle, institutionalisierte und nicht-institutionalisierte, mehr oder weniger legitime und mehr oder weniger effektive bzw. effiziente Formen politischer Partizipation.

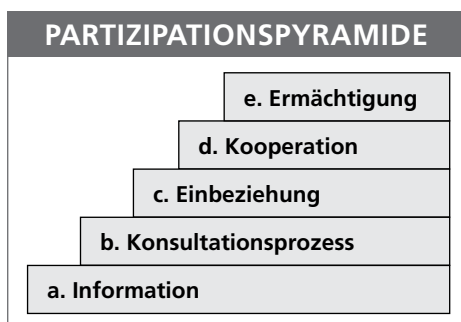
Schritte im politischen Entscheidungsprozess

Wichtig sind außerdem Fragen nach dem Zeitpunkt, an dem politische Partizipation von BürgerInnen ermöglicht wird und die Rolle bzw. die Befugnisse, die ihnen zuerkannt werden. Ein politischer Entscheidungsprozess umfasst zumeist folgende Schritte.



Zunächst wird

- a) ein politisches Problem erkannt und definiert. Aber nicht jedes Problem schafft es auf die politische Tagesordnung. Der Prozess, in dem eine kritische Masse von BürgerInnen, EntscheidungsträgerInnen und MeinungsmacherInnen davon überzeugt werden sollen, dass es sich hierbei um eine wichtige öffentliche Angelegenheit handelt, nennt man
- b) Agenda setting. Ist ein Problem auf der politischen Agenda, beginnt die Suche nach politischen Optionen. Die Möglichkeiten werden erörtert und diskutiert, bis
- c) eine erfolgsversprechende politische Maßnahme formuliert wird. Diese Maßnahme muss nun
- d) umgesetzt bzw. implementiert werden und die
- e) Ergebnisse sollten im nächsten Schritt beobachtet und evaluiert werden.⁶ In der Praxis müssen diese Stufen nicht streng voneinander getrennt und nacheinander erfolgen. Entscheidend ist jedoch, dass sowohl die Gestaltungsmöglichkeiten der BürgerInnen als auch die Erwartungshaltungen an sie sehr unterschiedlich sind, je nachdem ob schon die Problemdefinition unter breiter Mitwirkung vieler Bevölkerungsgruppen und Individuen entwickelt wird oder Partizipation darin besteht, nach der Implementierung die Zufriedenheit der BürgerInnen mit Hilfe einer Befragung zu erheben.



Wie weit BürgerInnen einbezogen werden können bzw. dürfen, ist nicht immer klar und oftmals Aushandlungssache. Die Möglichkeiten umfassen

- a) eine einmalige Information bzw.
- b) einen einmaligen Konsultationsprozess, bei dem BürgerInnen informiert und um Rückmeldungen gebeten werden.
- c) Von Einbeziehung von BürgerInnen spricht man, wenn diese über einen längeren Zeitraum informiert und in die Diskussion einbezogen werden. Partizipative Prozesse, in denen BürgerInnen auch in die Entwicklung von Alternativen und die Auswahl von Lösungen einbezogen werden, nennt man
- d) Kooperation. Überträgt man BürgerInnen in einem bestimmten Bereich die politische Verantwortung und überlässt man ihnen die Verfügung über die für diesen Bereich notwendigen Ressourcen, spricht man von
- e) Ermächtigung.⁷

Die Erwartungsfalle

Die Erwartungen an direkte Demokratie und stärkere Partizipation sind oftmals hoch. Durch die Einbindung breiter Bevölkerungsschichten in die Entscheidungsfindung soll die Legitimität und Effektivität der Entscheidungen verbessert und deren Akzeptanz erhöht werden. Darüber hinaus wird erwartet, dass partizipatorische politische Prozesse gesellschaftliche Stabilität und soziale Integration steigern und die individuellen Kompetenzen der BürgerInnen zur Selbstregierung gestärkt werden, weil BürgerInnen Fähigkeiten wie Kompromissbereitschaft, Kooperation und Gemeinwohlorientierung lernen.⁸ Es steht jedoch nicht fest, dass die Zufriedenheit mit dem Prozess und mit dem Ergebnis höher ist, je inklusiver und intensiver die Beteiligung der Zivilgesellschaft ist. Insbesondere je größer Handlungs- und Entscheidungsspielraum sind, desto dringlicher stellt sich auch die Frage nach der demokratischen Legitimität bzw. der Repräsentativität. Schon die Frage danach, wer am politischen Prozess beteiligt werden sollte, ist nicht immer leicht zu beantworten. Im Idealfall sind diejenigen am Aushandlungsprozess beteiligt, die auch von den Auswirkungen einer Entscheidung betroffen sind. In der Praxis ist allerdings gerade zu Beginn eines Prozesses nicht immer klar ersichtlich, wer von einer Entscheidung (zumindest indirekt) betroffen sein könnte.

Erwartungen nicht zu hoch schrauben

Betroffene sollen mitbestimmen

Je mehr Entscheidungskompetenzen von repräsentativen zu direkt-demokratischen Gremien verlagert werden, desto größer werden auch die Verantwortung und die Erwartungen an die Ressourcen, die eingebracht werden müssen. Die sozio-ökonomischen Ressourcen, die in einen direkt-demokratischen Prozess eingebracht werden müssen, sind in der Gesellschaft allerdings relativ ungleich verteilt. So haben z. B. nicht alle BürgerInnen gleich viel Zeit für politisches Engagement. Außerdem ist das Wissen über politische Beteiligungsmöglichkeiten ungleich verteilt. Tendenziell trauen sich formal höher gebildete Personen politisches Engagement eher zu als Personen mit einem formal niedrigeren Bildungsgrad.⁹ Aus all diesen Gründen nehmen Personen aus höheren Bildungs- und Einkommensschichten Angebote zur zivilgesellschaftlichen Beteiligung überproportional häufig an bzw. fordern eine solche Möglichkeit.¹⁰ Partizipative Prozesse können deshalb manchmal von den Beteiligten als äußerst demokratisch erlebt werden, obwohl sie von außen als Klüngelei eines elitären Zirkels betrachtet werden. Darüber hinaus muss beachtet werden, dass Beteiligung an einem komplexen Gemeinwesen nicht ausschließlich auf die Beteiligung von Individuen beschränkt bleiben kann. Beteiligung meint nämlich auch Teilhabe von organisierten Interessen. Es kann sich dabei um staatliche aber auch um nicht-staatliche Organisationen handeln. Zweitere können gewinnorientierte Unternehmen, NGOs (Non-Governmental Organizations) oder Verbände wie ArbeitnehmerInnenvertreter sein. Organisierte Interessen können auftreten, weil sie ihre privaten Interessen gewahrt sehen oder weil sie das Gemeinwohl befördern wollen. In jedem Fall sind Ressourcen wie z. B. Expertise von Organisationen oftmals unerlässlich, um zu akzeptablen politischen Lösungen zu kommen. Es muss aber auch mitbedacht werden, dass ihre Verhandlungsmacht demnach auch größer ist als die von einzelnen Individuen.¹¹

Mitbestimmungsmöglichkeiten ungleich verteilt

Individuelle und organisierte Interessenvertretung

Neue Mitbestimmungsmöglichkeiten durch E-Partizipation

Um sich bei der Lösung von politischen Problemen einzubringen, muss man heute nicht mehr zwingend physisch anwesend sein. Unter den Stichworten → E-Partizipation bzw. → E-Government wurden in den letzten beiden Jahrzehnten Möglichkeiten diskutiert, um neue Informationstechnologien einzusetzen. Durch die Senkung der Kosten für Beteiligung sollten Politik und Verwaltung weiter demokratisiert werden. Entstanden ist zweifelsfrei ein immer vielfältigeres Angebot an Möglichkeiten der Online-Mitbestimmung.

Möglichkeiten zur Online-Mitbestimmung

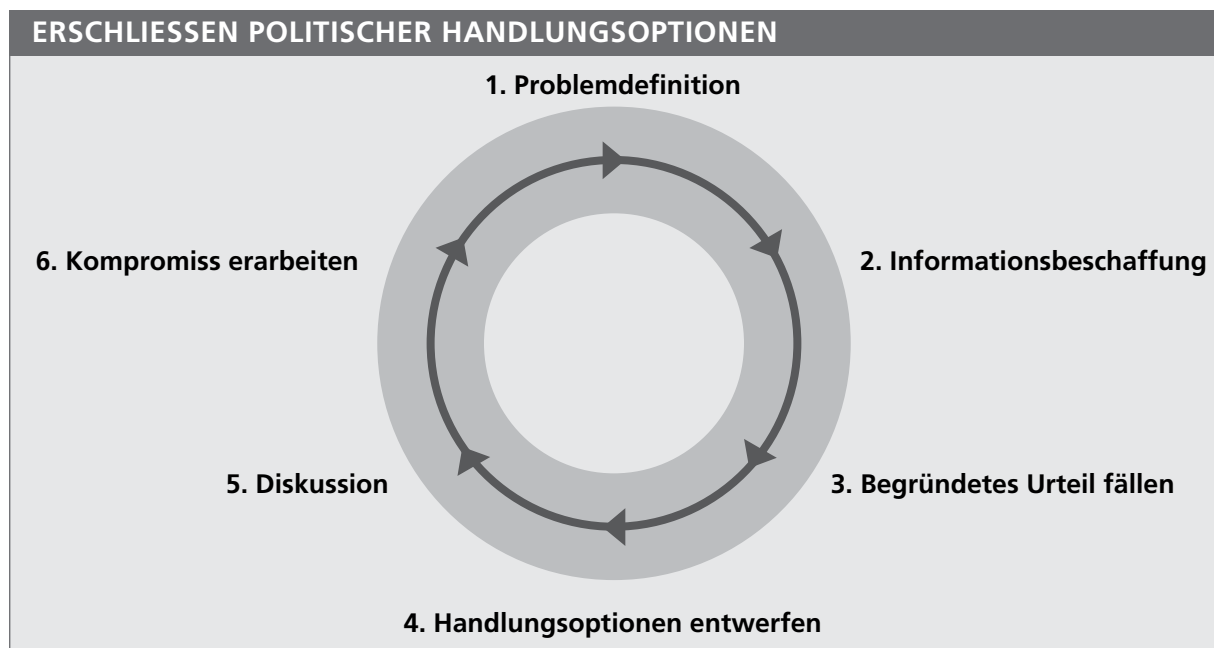
**Online
Kampagnen
der Zivilge-
sellschaft**

So bieten zum Beispiel Gemeinden ihren BürgerInnen immer häufiger die Möglichkeit an, Stellungnahmen zu kommunalen Bauvorhaben online abzugeben und ihre Standpunkte in Online-Diskussionsforen auszutauschen. Oder sie stellen die Haushaltsplanung der Gemeinde öffentlich zur Diskussion. Auch auf der Webpage des Österreichischen Nationalrats besteht für BürgerInnen die Möglichkeit, während der → Begutachtungsphase von Gesetzen online eine Stellungnahme zum vorliegenden Gesetzesentwurf einzubringen¹². Angebote zur politischen Beteiligung werden nicht nur von staatlichen Institutionen gemacht. Zivilgesellschaftliche Akteure nutzen das Internet, um andere auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen, neue UnterstützerInnen zu mobilisieren und EntscheidungsträgerInnen zu beeinflussen. Informationskampagnen, internetgestützte Befragungen oder E-Voting sowie Onlinepetitionen sind beispielsweise beliebte Mittel der Wahl. Aus Sicht der Politischen Bildung ist es zweifelsohne wichtig, diese Formen der Beteiligung und die damit einhergehenden Chancen zu erörtern. Gleichzeitig muss auch hier vor zu optimistischen Erwartungen gewarnt werden. Neue Technologien führen nicht automatisch zu einer Neuerfindung oder Neubelebung der (partizipativen) Demokratie.¹³

Politische Partizipation in der Schule als Chance und Herausforderung

**Lernen als
(Ko-)Produk-
tion von
Wissen**

Handlungsorientierter Politikunterricht bedeutet demokratisches Lernen in Interaktion mit anderen.¹⁴ Lernen meint hier nicht nur Reproduktion von Wissen, sondern auch (Ko-)Produktion von politischen Entscheidungen. Politische Partizipation in der Schule bietet die Chance für einen am demokratischen Lernen orientierten Unterricht, in dem die Multiperspektivität gesellschaftlich relevanter Auseinandersetzungen erlebbar wird. Gerade in Zeiten steigender Politikverdrossenheit wird es wichtiger, schon in den Schulen aufzuzeigen, wo und wie politische Prozesse Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben, welche Möglichkeiten der Mitgestaltung es gibt und wie man diese wahrnehmen kann. Um in einer Demokratie zu partizipieren, muss man lernen, eigene Interessen, Werte und Meinungen zu artikulieren, alleine und gemeinsam für Interessen einzutreten und Kompromisse zu akzeptieren.¹⁵



Schon in jungen Jahren muss das Erschließen politischer Handlungsoptionen gelernt werden. Dazu gehören verschiedene Kompetenzen: ein politisches Problem zu definieren, Informationen zu sammeln, ein begründetes Urteil zu fällen, Handlungsoptionen zu entwerfen und zur Diskussion zu stellen, Unterstützung für ein Anliegen zu generieren, aber auch entgegengesetzte Standpunkte zu akzeptieren und zustimmungsfähige Positionen zu erkennen und zu übernehmen.

**Grenzen von
Partizipation
aufzeigen**

Schuldemokratie

Möglichkeiten der Mitbestimmung in der Schule zu lernen, bieten ernstgemeinte Versuche zur Schuldemokratie. Darunter versteht man die Wahl zu Klassenräten, Klassen- und SchulsprecherInnen sowie SchülerInnenparlamente an sich. Allerdings sollten auch hier wieder die Möglichkeiten und Grenzen dieser Instrumente im Vorhinein transparent gemacht werden. Die Mitwirkung an Schuldemokratie vollzieht sich im Rahmen von Regeln und Gegebenheiten, die selbst nicht zur Gänze zur Disposition stehen. Entscheidungsbefugnisse und -kompetenzen der SchülerInnenenschaft müssen im Rahmen der geltenden Gesetze und Bestimmungen klar definiert sein, um Frustrationserlebnisse zu vermeiden. Generell ist der Vorstellung entgegenzutreten, dass politisches Lernen sich in diesen institutionalisierten Räumen automatisch ereignet. Im Gegenteil: Diese praktischen Erfahrungen müssen immer explizit reflektiert und durch Querverweise an die außerschulische Demokratie angebunden werden.¹⁶

**Lebenswelt-
bezug**

Politisches Lernen außerhalb der Schule

Handlungsorientiertes Lernen an außerschulischen Lernorten bzw. anhand von politischen Aktionen kann in vielerlei Gestalt geübt werden. Petitionen und Unterschriftenlisten erstellen und unterzeichnen, LeserInnenbriefe verfassen, an Demonstrationen teilnehmen, soziale Netzwerke zu politischen Zwecken nutzen, mit EntscheidungsträgerInnen Kontaktaufnahmen u.v.m.¹⁷ Handlungsorientierung im politischen Unterricht sollte einerseits an die Lebenswelt von SchülerInnen angebunden sein, andererseits sollten Bezüge zu gesellschaftlichen Schlüsselproblemen hergestellt werden. Letzteres kann z. B. durch Simulations- oder Rollenspiele ermöglicht werden. Der Unterricht läuft hier allerdings Gefahr, in eine Abstraktions- oder Vereinfachungs Falle zu treten, wenn SchülerInnen z. B. eine Weltklimakonferenz simulieren und innerhalb weniger Stunden einen Vertrag unterfertigen.¹⁸ Um Verdrossenheit mit real existierenden politischen Entscheidungsgremien durch diese Art von Lernen nicht noch zu befördern, ist es besonders wichtig, die didaktischen Vereinfachungen im Unterricht klar zu reflektieren und zu benennen.

**Bezug zu
gesellschaft-
lichen Fragen**

**Abstraktions-
oder Verein-
fachungs Falle**

Um SchülerInnenorientierung zu fördern und Abstraktionsfallen zu entgehen, erscheint die Teilhabe im räumlichen bzw. sozialen Umfeld der Schule als ein geeigneter Zugang. Allerdings gibt es auch hier potenzielle Fallstricke zu bedenken. Gerade wenn politische Aktionen im Unterricht vorbereitet werden, müssen mögliche Konflikte mit dem Kontroversitätsgebot früh bedacht und offen diskutiert werden. Das Kontroversitätsgebot der Politischen Bildung besagt, dass Themen, die in der Gesellschaft kontrovers sind, auch im Unterricht kontrovers dargestellt werden müssen (s. Beitrag von Reitmair-Juárez in dem Band). Gerade bei meinungshomogenen Gruppen kommt der Lehrperson die Rolle zu, eine allzu schnelle Konsensbildung in der Lerngruppe eher zu behindern als zu fördern. Wenn SchülerInnen sich zum Beispiel für eine Fahrverbotszone vor dem Schulgebäude einsetzen (s. Unterrichtsbeispiel von Schmid-Heher und Lauss in diesem Band), gilt es zu klären, ob wirklich alle Beteiligten hier die gleichen

**Verschiedene
Interessen
abwägen**

Betroffenheitsfalle Interessen und Vorstellungen haben oder ob vielleicht manche MitschülerInnen das Gefühl haben, ihre Meinung nicht aussprechen zu dürfen, weil sie sich auf diese Weise zu AußenseiterInnen machen. Im Weiteren muss darauf achtgegeben werden, dass die Lehrperson nicht gemeinsam mit den SchülerInnen in eine „Betroffenheitsfalle“ tritt.¹⁹ Diese Gefahr ist gerade im alltagsweltlichen Nahbereich groß. Probleme aus dem eigenen lokalen Umfeld sind deutlich sichtbar. Staus in einigen Kilometern Entfernung oder Klimaprobleme, die in der Zukunft auftreten, sind dagegen aus der Perspektive persönlicher Betroffenheit oft viel schwieriger wahrzunehmen. **Perspektivenwechsel** Perspektivenwechsel zu ermöglichen ist eines der zentralen Lernziele der Politischen Bildung. Daher ist es gerade bei politischen Themen aus der Lebenswelt von SchülerInnen wichtig, systematisch nach Perspektiven zu suchen, zu denen man vielleicht räumlich, sozial oder ökonomisch keinen Zugang hat. Es gilt also zu fragen, wem z. B. durch ein solches Fahrverbot vielleicht ein Schaden entsteht, ob dieser Schaden für zumutbar gehalten wird oder ob man vielleicht von sich aus für bestimmte Ausnahmegenehmigungen eintreten möchte.

Politische Bildung für aktive und mündige BürgerInnen

Partizipation braucht Kompetenzen Das Bürgerschaftsideal der Politischen Bildung ist in der Fachwelt immer noch in Diskussion. Es reicht von der Förderung einer „civic literacy“ bis zur wesentlich weitergehenden Vorstellung einer „Demokratiepädagogik“.²⁰ Weitgehend unumstritten ist allerdings, dass Demokratie auf die Beteiligung ihrer BürgerInnen angewiesen ist und politische Apathie und Politikverdrossenheit für demokratische Systeme schädlich sind. Demokratisch organisierte Gemeinwesen bieten vielfältige Möglichkeiten zur Teilhabe. Allerdings ist die Mitwirkung in den meisten Fällen nur möglich, wenn ein Mindestmaß an politischer Kompetenz erworben wurde. Insbesondere weil Kompetenzen zur politischen Partizipation in der Gesellschaft immer noch ungleich verteilt sind, muss Politische Bildung noch intensiver darauf hinarbeiten, so vielen BürgerInnen wie möglich im Laufe ihrer Schulbildung ein Höchstmaß an Teilhabechancen zu eröffnen. Um Frustrationserfahrungen zu vermeiden, müssen Erwartungen an politische Partizipation geklärt werden. Letztlich ist es wichtig Betroffenheits- und Vereinfachungsfallen bei partizipativen Zugängen der schulischen Politischen Bildung zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken.

- 1 Nonnenmacher, Frank: Analyse, Kritik und Engagement. Möglichkeiten und Grenzen schulischen Politikunterrichts, in: Lösch, Bettina/Thimmel, Andreas (Hrsg.): Kritische Politische Bildung: Ein Handbuch. Bonn 2011, S. 459–470.
- 2 vgl. Krammer, Reinhard: Kompetenzen durch Politische Bildung. Ein Kompetenz-Strukturmodell, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 29/2008, S. 5–14.
- 3 Gomart, Emilie/Hajer Maarten: Is that politics? For an inquiry into forms in contemporary politics, in: Joerges, Bernward/Nowotny, Helga (Hrsg.): Social Studies of Science and Technology: Looking Back, Ahead. Dordrecht 2003, S.33–61.
- 4 Scharpf, Fritz: Governing in Europe: Effective and Democratic. Oxford 1999, S. 7.
- 5 Schmid, Manfred: Demokratietheorien. Opladen 2000, S. 274f.
- 6 Jann, Werner/Wegrich, Kai: Theories of the policy cycle, in: Fischer, Frank/Miller, Gerald/Sidney, Mara (Hrsg.): Handbook of public policy analysis: Theory, Policy and Methods. Boca Raton 2007, S. 43–62.
- 7 IAP2: IAP2 Spectrum of Public Participation. 2014. Online abrufbar auf der Internetseite von International Association for Public Participation, cymcdn.com/sites/www.iap2.org/resource/resmgr/foundations_course/IAP2_P2_Spectrum_FINAL.pdf, 03. 11. 2017
- 8 Putnam, Robert: Bowling Alone. America's declining social capital, in: Journal of Democracy 6/1995, S. 65–78.
- 9 Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main 1987, S. 620ff.
- 10 Böhnke, Petra: Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1/2011, S. 18–25.
- 11 Jessop, Bob: The rise of governance and the risk of failure. The case of economic development, in: International Social Science Journal, 155/1998, S. 29–45.
Mayntz, Renate: New challenges to governance theory. Schuman Center Jean Monnet Chair Papers 50. Florenz 1998

- 12 Online-Portal des Parlaments für Begutachtungsverfahren und Stellungnahmen: www.parlament.gv.at/PAKT/MESN/index.shtml, 20.11.2017
- 13 Loader, Brian/Mercea, Dan: Networking Democracy? Social media innovations and participatory politics. In: Information, Communication & Society. 6/2011, S. 757–769.
- 14 Reinhardt, Sybille: Handlungsorientierung, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.) Handbuch Politische Bildung. Bonn 2014, S. 275–283, hier: S. 275
- 15 Vgl. Krammer, Reinhard: Kompetenzen durch Politische Bildung. Ein Kompetenz-Strukturmodell, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 29/2008, S. 5–14.
- 16 Reinhardt, Sybille: Was leistet Demokratie – Lernen für die Politische Bildung? Gibt es empirische Indizien zum Transfer von Partizipation im Nahraum auf Demokratiekompetenz im Staat? Ende einer Illusion und neue Fragen, in: Lange, Dirk/Himmelfmann, Gerhard (Hrsg.) Demokratiedidaktik. Impulse für die Politische Bildung. Wiesbaden 2010, S. 125–141.
- 17 vgl. Zentrum Polis: Methoden der Politischen Bildung, in: polis aktuell 2/2017, S. 4.
- 18 Grammes, Tilmann: Kontroversität, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch Politische Bildung. Bonn 2014, S. 266–273, hier: S. 270
- 19 Petrik, Andreas: Adressatenorientierung, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch Politische Bildung. Bonn 2014, S. 241–246, hier: S. 245.
- 20 Veith, Hermann: Das Konzept der Demokratiekompetenz, in: Lange, Dirk/Himmelfmann, Gerhard (Hrsg.) Demokratiedidaktik: Impulse für eine politische Bildung. Wiesbaden 2010, S. 142–156, hier: S. 147ff.

WEITERFÜHRENDE HINWEISE

Informationstexte und Unterrichtsbeispiele in zahlreichen früheren Heften der **Informationen zur Politischen Bildung** bieten Anknüpfungsmöglichkeiten für die Themenbereiche Schuldemokratie, Politische Mitbestimmung in Österreich, Handlungsmöglichkeiten und -räume sowie die Nutzung von Angeboten politischer Organisationen.

Jugend – Demokratie – Politik, Informationen zur Politischen Bildung, Heft 28

Politische Handlungsspielräume, Informationen zur Politischen Bildung, Heft 34

Politisches Handeln im demokratischen System Österreichs, Informationen zur Politischen Bildung, Heft 38

Wahlen und Wählen, Informationen zur Politischen Bildung, Heft 41



WEBTIPP

Das **Demokratiezentrum Wien** bietet vertiefende Informationen und Timelines zur österreichischen Demokratiegeschichte und Demokratieentwicklung, bspw. in Form von Wissensstationen oder auch als Lernmodule für SchülerInnen:

Wissensstationen

- Hainburg
- Zwentendorf
- Lambach
- Straße des Protests
- ▶ www.demokratiezentrum.org → Wissen

Lernmodule

- Demokratieentwicklung Österreichs im 20. Jahrhundert
- Schuldemokratie
- Politik in Bewegung. Das Auftreten neuer Themen und neuer politischer AkteurInnen seit den 1970er Jahren
- ▶ www.demokratiezentrum.org → Bildung